Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 30.06.2021**
Beginn:	**19:05 Uhr**
Ende	**21:30 Uhr**
Ort, Raum:	**Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler
Frau Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Peter Kiesinger
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Frau Sarah Esaias
Frau Petra Goldschmidt
Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige
Frau Birgit Schwegle
Herr Martin Steiner

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer	**entschuldigt**
Herr Joachim Karcher	**entschudigt**
Herr Hans-Gerhard Kleiner	**entschuldigt**
Herr Michael Wenz	**entschuldigt**

CDU

Herr Nicki Konstandin	**entschuldigt**

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung zum Beitritt des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung zum Zweckverband Albgau-Wasserversorgung**
Vorlage: 20/1138/2021

4 **Beratung und Beschlussfassungen zur Klimaschutzstrategie Karlsbad**
Vorlage: 67/1139/2021

5 **Beratung und Beschlussfassung über die Stellungnahme der Gemeinde Karlsbad zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplanes des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein**
Vorlage: 60/1110/2021

6 **Beratung und Beschlussfassung über die Schulbuchausschreibung/-lieferung für die Schuljahre 2021/22+2022/23**
Vorlage: 10/1148/2021

7 **Genehmigung von Protokollen**

8 **Verschiedenes**

9 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 22.06.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 24.06.2021 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert über verschiedene Themen.

Corona

Der Inzidenzwert sei aktuell bei 0 in Karlsbad, im Landkreis bei 4 und in der Stadt Karlsruhe bei 5,1. Es werde jetzt zunehmend gelockert. Beim Freibad könne man die Zahl der möglichen Besucherinnen und Besucher von 400 auf 690 pro Tag erhöhen wenn es weiter so bleibt wie derzeit. Es gebe mehr Anträge von Vereinen auf Festlichkeiten und Aktivitäten. Es sei wichtig, dass das gesellschaftliche Leben wieder hochfährt. Allerdings sollte weiterhin Vorsicht walten. Das Testzentrum in der Aula werde langsam das Angebot zurückfahren, auch wegen der zunehmend geimpften Bevölkerung und der sehr geringen Nachfrage. Die Impfzentren hätten momentan hohe Kapazitäten frei. Unsicher sei allerdings, wie es nach der Urlaubszeit weiter geht. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner ergänzt, dass die Vereine beim Ordnungsamt nachfragen könnten, was in Bezug auf Aktivitäten und Corona beachtet werden müsse.

Starkregenereignisse

Beim Starkregenereignis am 19. Juni seien Langensteinbach und Mutschelbach und Randbereiche von Auerbach stark betroffen gewesen. Feuerwehr, Technischem Dienst, Pfadfindern sowie Nachbarn von Betroffenen sei für deren Einsatz zu danken. Um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger tue es ihm leid. 150 Feuerwehreinsätze seien von Mitternacht an geleistet worden. Daneben musste auch noch ein Brand bekämpft werden. Man sei von der Wucht und Intensität überrascht worden. Zum Teil über 60 Liter pro Quadratmeter Regen habe u.a. zu vollgelaufenen Ablaufrinnen und Gullys geführt. Bereits ab 25 Liter pro Quadratmeter spreche man von einem Starkregenereignis. Für solche Regenereignisse mit diesen Werten sei die Kanalisation nicht ausgelegt. Zahlreiche Wohnung und Keller wurden überflutet, teilweise bis zu 1,8 Meter bzw. 2 Meter hoch, dies auch in Hanglagen (Danziger Straße und Fliederstraße). Man werde die einzelnen Bereiche jetzt untersuchen und einen Leitfaden für die Kommune und Privateigentümer erstellen auf was künftig zu achten sei. In Akutfällen sei zu empfehlen, die Abläufe zu kontrollieren und aus den Gullys den Auffangeimer herauszunehmen. Dieser setze sich sehr schnell mit Blättern, Ästen und Gräsern zu. Dadurch könne weniger Wasser in die Kanalisation kommen. Trotzdem könne die Kanalisation nie so dimensioniert werden, dass sie solche Mengen aufnehmen kann. Es gelte, zu überlegen, was zu tun sei. Dabei müssten auch die Privatkanäle überprüft werden. Die erforderlichen Maßnahmen müssten dann Stück um Stück umgesetzt werden. Die zwei Regenrückhaltebecken im Fröschlesberg hätten geholfen, trotzdem sei die A 8 extrem betroffen gewesen. Das große Regenrückhaltebecken im Bocksbachtal sei, entgegen mancher Äußerungen aus dem Pfinztal, nicht geöffnet worden. Eine Öffnung dieses Beckens hätte zur Folge gehabt, dass Mutschelbach überflutet worden wäre. Die Einrichtung habe die Funktion erfüllt und sei ca. zur Hälfte gefüllt gewesen. Die Gemeinde selber ist mit vielen Gebäuden betroffen gewesen, u.a. Gymnasium, Schelmenbuschhalle, Altes Rathaus, dann der Kindergarten in Mutschelbach und St. Franziskus in Langensteinbach.
Es sei wichtig, aus dem Außenbereich einfließendes Wasser möglichst zu hindern, in die anliegenden Wohngebiete einzudringen. Problematisch seien Maisfelder die bei Starkregen zu regelrechten Wasserstraßen würden. Mit dem Wasser käme auch Erde in die Wohngebie-

te. Der Technische Dienst der Gemeinde habe u.a. begonnen, Schäden zu beseitigen, Gräben instand zu setzen bzw. auch anzulegen und Abläufe frei zu machen.
Beim zweiten Starkregenereignis am 29. Juni seien die Abläufe etc. zum Teil erneut zugesetzt worden. Hier habe innerhalb von Minuten in Ittersbach in der Hälfte des Ortes starker Regen eingesetzt. Wiederum betroffen waren Langensteinbach sowie Auerbach. Das Ereignis sei aber von den Wassermengen und der Intensität nicht vergleichbar mit dem ersten Starkregen gewesen, jedoch ebenfalls sehr schnell entstanden.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) erkundigt sich in Bezug auf die Regenereignisse, ob Sofortmaßnahmen möglich sind. Der Vorsitzende sagt, dass die Kanalnetze von Grund nach dem allgemeinen Kanalisationsplan (AKP) schon größer dimensioniert wurden. Dabei plane man künftige Baugebiete und nachverdichtete Ortsbereiche ein. Man prüfe die Thematik mit einem Ingenieurbüro und überlege, ob zusätzliche Maßnahmen wie beispielsweise Regenrückhaltebecken gebaut werden müssten, um die Folgen von Starkregenereignissen abzumildern. Die Privatpersonen werden mit einbezogen.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) meint, dass er davon ausgegangen sei, dass man bereits in dieser Sitzung über das Thema Lärmschutz in Mutschelbach sprechen werde. Der Vorsitzende sagt, dass die Thematik auf die Juli-Gemeinderatssitzung käme.

GR Thomas Guthmann (Bündnis 90/Grüne) stellt eine Frage zum Thema Vorlagen in Session (öffentliche Sichtbarkeit) die von Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner beantwortet wird.

GR Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt, wann die frühere Agendaarbeit wieder neu strukturiert werden soll. Der Vorsitzende sagt, dass demnächst eine Sitzung des Agendarates stattfindet. Zudem sei eine Telefonkonferenz mit dem externen Partner SPES geplant. Man wolle dabei über die weitere Planung sprechen.

GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) stellt eine Frage zum Thema Leasing-Fahrräder für Kommunen. Sie will wissen, wie dies in Karlsbad gehandhabt wird. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass das Leasing aus Arbeitgebersicht durch eingesparte Mittel sinnvoll sei. Ob es sich jedoch individuell finanziell rechne, müsse einzelfallbezogen geprüft werden. Generell seien die Tarifpartner selbst davon nicht so begeistert. In Karlsbad seien nur ein bis zwei Anfragen gekommen und geprüft worden. Die Mitarbeiter hätten danach das Thema nicht weiter verfolgt.

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass man beim Zurückfahren der Testmöglichkeiten im Testzentrum an die Kinder denken müsste. Diese bräuchten die Testangebote. Man könne die Kapazitäten bei Bedarf wieder hochfahren, so der Vorsitzende. Kleiner ergänzt, dass die Testungen in der Schule weitergehen würden. Auch für die Kita-Einrichtungen gelte dies. Viele der neuen Regelungen des Landes würden auch keinen Test mehr verlangen. Kapazitäten bei privaten Testzentren, die immer noch verpflichtenden Angebote seitens der Arbeitgeber und der Schulen ergänzten sich bei der geringen Nachfrage derzeit gut- wie man zukünftig testen müsse, würde sich auch in der neuen CoronaVO dann zeigen.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung zum Beitritt des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung zum Zweckverband Albgau-Wasserversorgung Vorlage: 20/1138/2021

Der Vorsitzende hält Sachvortrag. Wasser sei ein hohes Gut und werde sehr gut überwacht. Seit seinem Amtsantritt gebe es das Thema einer nicht ausreichenden Wasserangebotes des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung. Über die Lösungsmöglichkeiten habe man lange diskutiert. Er hebt hervor, dass man in Karlsbad bisher keine Problem mit der Wasserversorgung gehabt habe.

Der Verbandsvorsitzende des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung Bürgermeister Martin Steiner hält Sachvortrag. In der Vergangenheit habe der Verband genug Wasser gehabt, um das die Gesamtmenge von 112,4 Liter pro Sekunde für alle Gemeinde sicher anbieten zu können.. In den Jahren 2014/15 habe es erstmals Trinkwasserengpässe gegeben. Das Problem sei, dass genügend Oberflächenwasser vorhanden sein müsse um die Quellen zu versorgen. Problematisch habe sich auch der Verbrauch entwickelt. In den trockenen Jahreszeiten brauche man bis zu 100 Liter pro Sekunde Wasser. Gleichzeitig lieferten die Quellen zu wenig Wasser. In Spitzenzeiten habe man die Menge an Quellwasser 1:1 verbraucht. Karlsbad habe ein vorbildliches Netzwerk bei der Wasserversorgung. Die anderen Gemeinden seien teilweise abhängig von einzelnen Versorgern. Es sei extrem wichtig, in größeren Einheiten zu denken. Das Angebot an Wasser dürfe kein begrenzender Faktor sein. Die Gemeinden müssten sich mit einem ausreichenden Angebot an Wasser wie gewünscht in Bezug auf Gewerbe und Wohnen entwickeln können.
Seit 2015 habe man sich Gedanken gemacht, wie man mehr Trinkwasser gewinnen könne. Zunächst habe man nach zusätzlichen Quellen gesucht. Die ersten Standorte seien unwirtschaftlich gewesen. Dann habe man im Eyachtal gesucht und sei fündig geworden. Mit diesen Quellen hätte man das Problem lösen können. Letztlich sei es aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen, die Quellen zu erschließen. Steiner kritisiert dies deutlich. Die Landesregierung propagiere regionale Wasserquellen für die Trinkwasserversorgung. Hier werde rechtlich verhindert, diese zu erschließen. Das Land empfehle alternativ, sich an den Fernwasserversorgung anzuschließen. Diese könne allerdings nicht weitere Abnehmer bedienen. Mit der jetzigen Lösung könne man das errechnete Defizit der Quellen von 16 Liter pro Sekunde durch den Klimawandel ausgleichen. Darüber hinaus habe man noch einen Puffer. Das zusätzliche Wasser werde enthärtet und in den Hochbehälter Ittersbach eingespeist. Von dort aus könne es in die Mitgliedsgemeinden weiter verteilt werden. Nach wie vor seien diese aufgefordert nach eigenen Quellen zu suchen und auch Wasser zu sparen. Das sei ein mühsamer und steiniger Weg. Es sei wichtig, dass bei dem Thema die Gemeinden kooperierten. Dann könne die Wasserversorgung wie in einem Baukasten funktionieren. Die Pläne zum Bau einer komplett neuen Wasserleitung bzw. für das Anschließen der abgelehnten Quellen seien in der Schublade.

<u>Diskussion im Gremium</u>

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) befürwortet das Vorgehen. Eine gute Versorgung mit dem entkalkten Wasser sei hiermit gewährleistet. Die zweitgenannte Lösung sei eine Reserve.
GR Roland Rädle (CDU) betont, dass die Verbundlösung schon immer der Weg in Karlsbad sei. Der Wasserpreis werde steigen und künftig müsse man die Menge über den Preis regeln. Karlsbad dürfe auf keinen Fall aus dem Verbandsversorgung herausfallen. Der Zweckverband soll auch nicht verlassen werden.
Martin Steiner stellt klar, dass sich die „Ausschlussdiskussion von Karlsbad“ mit der neuen Lösung erledigt habe. Der Vorsitzende ergänzt, dass er im Verband immer gesagt habe, dass Karlsbad darin bleiben möchte.
GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) hebt auch die Vernetzung als wichtig hervor. Im Hinblick auf den Klimawandel müsse man sich auch auf Wassersparen einstellen.
Martin Steiner führt aus, dass es derzeit eine Diskussion in den Ebenen über den Kommunen gebe, ob der Preis nicht zeitabhängig gestaltet werden könne. Im Moment erscheint ihm der Preis in Anbetracht des hohen Verbrauchs wohl als zu günstig.
GR Reinhard Haas (SPD) sieht das Vorgehen als absolut sinnvoll an. Zusammenschlüsse auf höherer Ebene seien wichtig, um das wertvolle Gut Wasser zu sichern. Es dürfe nicht sein, dass sich Konzerne Zugriff auf Wasser verschafften.
GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) sagt, dass das Wasser als unabdingbares Gut eines der wichtigsten Themen der Kommunalpolitik sei. Eine sichere Versorgung müsse frühzeitig gewährleistet werden.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat erteilt einen Weisungsbeschluss an die Mitglieder der Verbandsversammlung dem Beitritt des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung zum Zweckverband Albgau-Wasserversorgung zuzustimmen.

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassungen zur Klimaschutzstrategie Karlsbad Vorlage: 67/1139/2021

Birgit Schwegle – Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur des Landkreises Karlsruhe hält Sachvortrag.

Die Gemeinde Karlsbad sei 2013 die erste Gemeinde im Landkreis gewesen, die in Sachen Klimaschutz aktiv geworden ist.

Klimaschutz
Ein zentrales Thema sei der Klimaschutz.. Die globale Erderwärmung soll auf 1,5 Grad begrenzt werden. Ziel sei, dafür den CO2-Ausstoß von 7,8 Tonnen auf unter 1 Tonne CO2 pro Einwohner im Landkreis zu reduzieren. Das Zieljahr müsse von 2040 auf 2035 vorgezogen werden.
Dafür seien folgende Handlungsfelder wichtig
Eine Strategie für nachhaltiges Bauen
Weiterer Ausbau der Photovoltaik auf kommunalen und privaten Dächern – hier gebe es ein Riesenpotenzial auch für Wohnungseigentümergemeinschaften

Regionaler Wärmeausbau zu effizienten Vernetzung der vielfältigen, örtlich sehr unterschiedlich verteilten Wärmepotenziale im Landkreis
Strategie für nachhaltige Mobilität

Klimaschutzpakt unterzeichnen
Karlsbad sei in Sachen Klimaschutz schon weit. In der Gemeinde wurden in der Vergangenheit bereits vorbildlich einige dieser Elemente aufgegriffen und umgesetzt. Hierzu zählen unter anderem das kommunale Energiemanagement sowie den Einstieg in den Klimaschutzprozess European Energy Award 2013. Es wurden zwei Quartierskonzepte erarbeitet und das Nahwärmenetz in Langensteinbach erweitert. Ein Energieplan wurde aufgesetzt und eine Klimaschutzwerkstatt durchgeführt.
Für eine weitere Verankerung des Klimaschutzes gelte es jetzt noch, dem Klimaschutzpakt zwischen Land und kommunalen Landesverbänden beizutreten. Das Ziel sei dabei eine klimaneutrale Verwaltung bis 2040. Weiter vorbildlich wolle man durch Photovoltaiküberdachungen auf weitestgehend allen Fahrradabstellplätzen und einem erweiterten Nahwärmenetz in Langensteinbach agieren. Auch bei der Beschaffung und Mobilität soll etwas geschehen. Die Umwelt- und Energieagentur unterstütze die Gemeinde bei diesem Prozess.

Was kann Karlsbad weiter beitragen?
Es gelte den Klimaschutzprozess über den European Energy Award vorbildlich voranzutreiben. Bürgermeister Jens Timm habe das Ziel gesetzt, die Marke von aktuell 58,6 % Erfüllungsgrad auf mindestens 60 % Erfüllungsgrad zu erhöhen. In folgenden sechs Handlungsfeldern werde gearbeitet: Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Ver- und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation sowie Kommunikation und Kooperation. Karlsbad solle – so Schwegle - eigene Klimaschutzziele setzen, konkrete Maßnahmen umsetzen, die erneuerbaren Energien forciert ausbauen und dabei die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeitschaft einbinden. Der Prozess selbst werde stetig verschärft. Die Kommunen müssten sich auch anstrengen, den bereits erreichten Level halten zu können.

Nächste Schritte
Die nächsten Schritte seien die sechs Handlungsfelder zu analysieren, ein Maßnahmenprogramm zu entwickeln und mit Ideen der Klimaschutzwerkstatt zusammenzuführen. Dieses Programm soll im Oktober im Gemeinderat verabschiedet werden. Die erneute Zertifizierung für den European Energy Award sei dann im November 2021 geplant.

Diskussion im Gremium:
GR Günter Denninger (CDU) stellt Nachfragen zur Messung der Faktoren Mobilität am Beispiel der Anzahl der Autos in Langensteinbach. Das Thema Mobilität werde, so Schwegle – umfassend über viele Faktoren gemessen. Es gebe über die 6 Handlungsfelder 500 Maßnahmen.
GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) stellt eine uneingeschränkte Zustimmung der Fraktion in Aussicht. Die im Haushalt veranschlagten 30.000 Euro seien reine Sachkosten, erläutert Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt auf seine Nachfrage.
GR Roland Rädle (CDU) betont, dass Karlsbad mit dem Thema Umweltschutz schon viel früher angefangen habe. Die Thematik habe sich hier organisch entwickelt. Der Gedanke zum Umweltschutz sei schon immer da. Die Fraktion könne sich den Zielen anschließen, da man selbst hier auch schon konsequent gearbeitet habe.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) meint, dass durchaus 70 % Zielerreichung beim Klimaschutzprozess anvisiert werden könne. Das Wasserthema (Starkregen und Wassermangel) werde enorm kostenaufwändig für die Gemeinde werden. Die Gemeinde müsse noch mehr tun und schneller werden.
Schwegle meint dazu, dass die Gemeinde die Geschwindigkeit der Maßnahmen selbst bestimmen könne. Die Umwelt- und Energieagentur könne auch öfter kommen und berichten.
GR Michael Nowotny sieht das Thema als wichtigstes Thema in den nächsten Jahrzehnten. Die Gemeinde sollte sich noch bessere Ziele setzen. Auch das Thema neues Wohnen sei interssant.
GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) meint, dass durch die Maßnahmen die Lebensqualität in Karlsbad steigen könnte.
GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt nach, warum das Energieversorgungsprojekt in Ittersbach nicht realisiert worden sei. Dies müsse sich, so der Vorsitzende durch einen gewissen Energiepreis rechnen, was nicht der Fall gewesen sei. Schwegle ergänzt, dass mittlerweile die Dinge im Fluss seien und es mehr Fördermittel gebe.
GR Günter Denninger (CDU) erkundigt sich nach dem Leistungsumfang der bei den bereitgestellten Haushaltsmitteln möglich ist. Dieser decke die Aktivitäten der Umwelt- und Energieagentur vollständig ab und beinhalte u.a. auch Maßnahmen, Stichprobenkontrolle und Prüfungen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt unter Berücksichtigung der anfallenden Kosten die
- Unterzeichnung des Klimaschutzpaktes
- Etablierung einer klimaneutralen Verwaltung in Kooperation Landkreis/UEA
- Beschluss Fortführung eea-Prozess und Re-Zertifizierung Herbst 2021
- Beauftragung der Umwelt- und Energieagentur mit der Begleitung der Kommune beim eea-Prozess in Höhe von 14.161,00 € Euro

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Stellungnahme der Gemeinde Karlsbad zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplanes des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein
Vorlage: 60/1110/2021

Joachim Guthmann hält Sachvortrag. Der gültige Regionalplan sei 2003 letztmalig fortgeschrieben worden. 2016 habe der Regionalverband beschlossen, diesen erneut zu aktualisieren und 2020 sei festgelegt worden, dass die Kommunen beteiligt werden. In Karlsbad sei das Thema schon vom technischen Fachausschuss und den Ortschaftsratsgremien behandelt worden. Der Regionalplan müsse noch einige Änderungen vom Flächennutzungsplan aufnehmen. Dieser werde rechtskräftig.

Im Gewerbebereich gebe es zwei Gebiete: Schießhüttenäcker V mit 3,6 Hektar und Finkengrund mit 5,6 Hektar. Das Gewerbegebiet Steinig sei wiederum nicht enthalten gewesen. Die Gemeinde poche weiter darauf. Es sei nach wie vor eine geeignete Gewerbefläche für Karlsbad.

Im Siedlungsbereich seien Gebiete im Nordwesten von Langensteinbach und bei der St. Barbara-Haltestelle beinhaltet. In Spielberg solle die vorgeschlagene östlich/südliche Bereich nicht weiterverfolgt werden. Alternativ dazu soll eine Fläche im östlich/nordöstlichen Bereich eingeplant werden. Bei der Baulandentwicklung habe die Gemeinde mit 50 Hektar ausreichend Reserveflächen.

Der Vorsitzende sagt, dass eine interkommunale Gewerbefläche Steinig besonders wichtig sei, jedoch nur interkommunal mit Waldbronn zusammen. Im Bereich des Schulzentrums müsse eine Art Randentlastungsstraße eingeplant werden um den Verkehrsfluss zum und vom Schulzentrum zu verbessern. In den Beratungen hätten die Ortschaftsräte eine gleichgewichtige Entwicklung von nachverdichteten und neuen Baugebietsflächen mitgetragen.

Diskussion im Gemeinderat

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) befürwortet die Stellungnahme grundsätzlich. Nachdrücklich setzt er sich für ein mögliches Gewerbegebiet Steinig ein.
GR Roland Rädle (CDU) stimmt grundsätzlich zu. Einige Planungen seien allerdings nicht ganz klar, z.B. ein Gebiet westlich der Heldrunger Straße. Eine Entwicklung im Bereich der Römerstraße erfordere eine verkehrstechnische Erschließung. Ob die Gewerbeflächen tatsächlich ausreichten sei für ihn bedenklich.
GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) sieht grundsätzlich ein Problem darin, dass in die Randflächen gegangen wird. Ihr erschließen sich die Gründe für diesen Weg nicht. Der Wohnraum werde tendenziell immer größer, jedoch wachsen die Einwohnerzahlen nicht im gleichen Maß. Man müsse nach anderen Möglichkeiten suchen.
Der Vorsitzende betont, dass man an einer Gewerbefläche Steinig festhalte. Die Flächen für Wohnzwecke seien geplante Flächen, also noch ohne Rechtsanspruch. Die Gemeinde könne hier steuern und Flächen könnten noch herauskommen.
GR Reinhard Haas (SPD) signalisiert für die SPD Zustimmung. Die Gewerbeflächenentwicklung solle langfristig zufriedenstellend gelöst werden.
GR Björn Kornmüller (FDP / Liberale Liste) zeigt sich grundsätzlich einverstanden. Insgesamt könne jedoch noch nachgebessert werden.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle über die Stellungnahme der Gemeinde Karlsbad zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplans diskutierten und diese beschließen.

mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 5 Enthaltung 2

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Schulbuchausschreibung/-lieferung für die Schuljahre 2021/22+2022/23
Vorlage: 10/1148/2021

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt den Zuschlag der Schulbücher für die Schuljahre 2021/22 und 2022/23 an die Buchhandlung Lettera zu erteilen und wie bereits in den Vorjahren Abschlagszahlungen für die einzelnen Schulen an die Buchhandlung zu leisten.

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Genehmigung von Protokollen

Das öffentliche Protokoll der Sitzung vom 16.6.2021 wird mit 25 Jastimmen ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.
Die Protokolle der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 24.3.2021, 19.5.2021 und 16.6.2021 werden von den Urkundspersonen unterzeichnet und der Verwaltung zugeleitet.

zu 8 Verschiedenes

8.1 Zweckverband Albau – Beitritt der Mannenbach Wasserversorgung zum ZWV

Der Vorsitzende fragt, ob das Gremium beim Thema Wasserversorgung auch mitträgt, dass die Gemeindevertreter beim Zweckverband Albgau dem Beitritt vom Zweckverband Mannenbach zustimmen. Er sieht dies als logische Konsequenz aus dem vorher gefassten Beschluss. Dies wird seitens des Gremiums ebenfalls so gesehen und eine Zustimmung mitgetragen.

8.2 Baumaßnahme in Nöttingen –Kreisverkehr-

Bezüglich der Baustelle Kreisverkehr Nöttingen habe die Gemeinde 2017 einen Entwurf für einen Bebauungsplan zur Stellungnahme bekommen. Hier sei die geplante Straße enthalten gewesen. Das Thema sei in der Verwaltung durchgelaufen. Bezüglich der LKW sei es so, dass die Streckenführung gleich bleibe.

8.3 Genehmigung Flächennutzungsplan

Joachim Guthmann informiert, dass der Flächennutzungsplan genehmigt sei.

8.4 Glascontainer

Bezüglich Glascontainer habe man – so der Vorsitzende – mit der Firma gesprochen. Die Abfuhr müsste gelöst sein. Generell brauche man entweder mehr oder größere Behälter. Diesbezüglich bleibt man mit dem Entsorger in Kontakt.

8.5 Offerta 2021

Die Offerta 2021 werde wohl nach dem gleichen Schema wie 2020 ablaufen. Man habe die Gewerbetreibenden zum Thema Teilnahme abgefragt. Demnach bestehe derzeit kein Interesse unter den Rahmenbedingungen teilzunehmen.

zu 9 Fragen der Zuhörer

Arthur Bossert – Anwohner der Fliederstraße – bedankt sich auch im Namen anderer Betroffener bei der Feuerwehr für den Unwettereinsatz bis morgens um 5 Uhr. Die Situation habe die Anwohner nachdenklich gemacht. Auch über die Umstände müsse man nachdenken. U.a. nennt er die Stichworte Vermaisung, Schlamm und Planungen im Gebiet. Die An-

wohner seien verzweifelt und könnten in der Situation nicht auch noch Gullydeckel anheben und Sinkkästen entnehmen. Man müsse nach den Versäumnissen suchen und Maßnahmen ergreifen. Dazu könnten auch Regenrückhaltebecken zählen. Die Situation müsse aufgearbeitet werden und er selbst sei schon vier Mal mit einem bis zu 2 Meter gefüllten Keller betroffen gewesen. Es sei ein Totalschaden auch für die Anwohner. Er will wissen, was die Gemeinde plane, um solche Vorfälle konkret zu vermeiden.
Der Vorsitzende verweist auf das Gespräch zwischen ihm mit H. Bossert. Man müsse gemeinsam überlegen, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Die Gemeinde könne nicht alles abdecken. Man werde das Thema mit den Planern angehen.

Ein weiterer Anwohner fragt, ob provisorische Schutzmaßnahmen möglich seien. Diese Anregung nehme man in die Überlegungen mit, so der Vorsitzende.

Monika Bossert schildert eindrücklich, wie stark sie persönlich betroffen sei. Man müsse unbedingt die Gegebenheiten untersuchen und etwas tun. Der Vorsitzende sagt, dass die Gemeinde die Situation immer wieder nachjustiert habe. Man nehme die Anregungen auf und komme noch mal vor Ort.

Christian Horning verweist auf den 2,10 Meter hohen Wasserstand in seinem Keller und möchte wissen, wann die Planung für die Maßnahmen komme. Der Vorsitzende sagt, dass er in den nächsten drei Wochen eine Antwort erhält.

H. Becker – ebenfalls Starkregengeschädigter – erläutert, dass er bereits das vierte Hochwasser mitgemacht habe und er schon alles Mögliche getan hätte. Er bittet ebenfalls dringlich um konkrete präventive Schritte.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson